

Kommunalpolitische Erklärung

Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, ökologische und soziale Erneuerung, gleiche Chancen beim Lernen und im Leben: die Zeit ist reif für eine andere Politik! Bündnis 90/Die Grünen verbinden Selbstbestimmung, Eigeninitiative und Gerechtigkeit mit lebendiger Demokratie. Wir engagieren uns für ein weltoffenes Brandenburg, das seine Möglichkeiten nutzt und die Probleme anpackt.

Im Herbst 2008 finden in unserem Land Kommunalwahlen statt. In den Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Kreistagen werden die maßgeblichen Entscheidungen getroffen, die sich direkt auf die Lebensverhältnisse und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger auswirken. Gestalten Sie Brandenburg mit! Wählen Sie Grün.

Öko logisch!

Nach wie vor verbinden Bündnis 90/Die Grünen als einzige Partei Umweltpolitik nachhaltig mit Wirtschaftspolitik. Die Nutzung erneuerbarer Energien, die Umstellung auf nachwachsende Rohstoffe und die Agrarwende zeigen: Mit grünen Projekten lassen sich schon lange schwarze Zahlen schreiben.

Anstatt auf veraltete Technologien wie die Braunkohleverstromung setzen wir auf Sonne, Wind, Erdwärme und Biomasse. Hiervon und von Maßnahmen zur Energieeinsparung können auch lokal ansässige Unternehmen profitieren, beispielsweise HandwerkerInnen, die Fotovoltaikanlagen auf die Dächer montieren und Häuser besser gegen Wärmeverluste isolieren.

Die durch Menschen verursachte Klimaveränderung macht auch vor Brandenburg nicht halt. In den letzten Jahren haben uns immer wieder Überflutungen und Dürreperioden getroffen. Die Bewahrung unserer Natur ist daher nicht nur eine ökologische Herausforderung, sondern entscheidet auch über die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes und unserer Kommunen. Unsere Flüsse und Landschaften sind Lebensgrundlage und Raum für Erholung zugleich. Wald- und Wasserbewirtschaftung kommt daher ein hoher Stellenwert zu. Gleichzeitig müssen die CO₂-

Emmissionen weiter reduziert werden. Hierzu können die Kommunen einen großen Beitrag leisten: durch die Sanierung öffentlicher Gebäude, durch Einhaltung von Passivhausstandards beim Bau neuer öffentlicher Gebäude, sowie durch intelligente Verkehrskonzepte, die darauf abzielen, den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren, Mobilität durch öffentlichen Verkehr abzusichern und den Verkehr flüssiger zu gestalten, kann ein großer Teil der heutigen CO₂-Emmissionen eingespart werden.

Durch zielgerichtete Flächennutzungspläne und Bauleitplanungen können die Kommunen den Flächenverbrauch steuern. Derzeit werden an den Ortsrändern immer mehr Flächen für Discount-, Bau- und Möbelmärkte versiegelt. Durch die zunehmende Zersiedelung auch im Wohnungsbau wird mehr Autoverkehr verursacht, während die Ortskerne ausbluten und mit ihnen oft der eingessene Einzelhandel. Kulturlandschaften verkommen ebenso wie manche Ortskerne zu einer austauschbaren Eintönigkeit und verlieren ihre Individualität. Wir Bündnisgrüne fordern daher den absoluten Vorrang der Innenbereichsentwicklung vor der Ausweisung neuer Bauflächen in den Außenbereichen. Dazu gehören die innerstädtische Verdichtung ebenso wie eine intelligente Nutzung leer stehender Bauten. Attraktive Orts- und Stadtzentren sind der Schlüssel dafür, dass sich die Bürgerinnen und Bürger dort gerne aufhalten und der Handel und die Dienstleistungen in den Innenstädten gestärkt werden. Mit z.B. Gestaltungs-, Erhaltungs- und Baumschutzsatzungen können Kommunen eigene Regelungen zum Schutz der Umwelt schaffen. Durch Berufung von Beauftragten können BürgerInnen in die Verantwortung für Umweltschutz genommen werden.

Die Zukunft Brandenburgs liegt auch in der Entwicklung der ländlichen Räume. Wir haben in der Zeit bündnisgrüner Regierungsverantwortung in der Bundesregierung die Weichen für eine vielfältige, zukunftsfähige Landwirtschaft gestellt. Neben LandwirtIn sind EnergiewirtIn, TourismusmanagerIn, HofladenbetreiberIn und NaturschützerIn moderne Berufsfelder der Bäuerin und des Bauern. Wir sind die Partei der VerbraucherInneninteressen. Für Brandenburg bietet das riesige Chancen. Die Menschen in Berlin, Brandenburg und anderswo wollen Qualität - Brandenburg kann sie liefern.

Investitionen mit Augenmaß

Noch immer ist die finanzielle Situation vieler Kommunen in Brandenburg sehr angespannt. Vielfach wissen die Gemeinden und Städte nicht einmal, wie sie ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben finanzieren sollen.

Eigene Fehlinvestitionen der Kommunen, aber vor allem auch die schwache Wirtschaftskraft und die unzureichende finanzielle Ausstattung der Gemeinden und Städte durch das Land sind hierfür verantwortlich. Bei zukünftigen Investitionen werden bündnisgrüne KommunalpolitikerInnen darauf achten, dass alternative Varianten vorgelegt werden. Nur die ökologisch und zugleich ökonomisch sinnvollste Variante darf mit öffentlichen Mitteln finanziert werden. Öffentliche Ausschreibungen sollen, im Rahmen der durch das Vergaberecht gesetzten Grenzen, so erfolgen, dass Aufträge bevorzugt an HandwerkerInnen vergeben werden können, die ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden, Ausbildungsplätze anbieten, sowie ökologische und Kriterien der Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit erfüllen.

Transparenz und verantwortungsvoller Umgang sind auch gefragt, um Benachteiligung, Ausgrenzung und Diskriminierung am Arbeitsmarkt und bei sozialen staatlichen Leistungen zu vermeiden. Deshalb fordern wir, in den Kommunen Ombudsfrauen oder -männer einzusetzen, die bei der Schlichtung von Konflikten zwischen Betroffenen und Arbeitsagentur oder Kommune behilflich sein und Empfehlungen zum Verwaltungshandeln an die entsprechende Institution abgeben können.

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg setzen sich dafür ein, dass Kommunen Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe in eigener Verantwortung wahrnehmen. Eine maßvolle wirtschaftliche Betätigung bedingt für uns Transparenz und demokratische Kontrolle.

Vertrauenswürdige Lokalpolitik bedeutet auch, dass die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen für alle zugänglich und bezahlbar bleibt. Wir wollen Kultur und Sport besonders fördern. Gerade im Kinder- und Jugendbereich leisten unsere Sportvereine eine wichtige und unverzichtbare Arbeit, die wir unterstützen wollen.

Auf kommunaler Ebene kann entscheidend zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit beigetragen werden. Eine moderne Gleichstellungspolitik versteht sich als Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche. Die konsequente Prüfung, welche Auswirkungen Beschlüsse, Maßnahmen und Entscheidungen auf Männer und Frauen haben, sowie kommunale Gleichstellungsbeauftragte können hierbei wirksame Instrumente sein. Die zentrale Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird vor allem durch das Vorhandensein nachfrageorientierter und bezahlbarer kommunaler Angebote beantwortet.

Kinderlärm ist Zukunftsmusik

Brandenburg hat Nachholbedarf in der Bildungspolitik. Bündnis 90/Die Grünen setzen dabei auf Vielfalt, individuelle Förderung, Selbstverantwortung und Freiheit. Die Förderung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist eine Investition in die Zukunft. Für uns Bündnisgrüne sind das Leben mit Kindern und die Bildung zentrale Themen für die Zukunft unserer Gemeinden. Kinderfreundlichkeit muss sich in der Siedlungsentwicklung, dem Ortsbild und der Verkehrsgestaltung niederschlagen.

Wir setzen uns für eine stärkere Vernetzung von Kitas, Schulen, Jugendämtern und Institutionen der Jugendarbeit ein. Fälle von Missbrauch, Misshandlung und Verwahrlosung von Kindern, wie sie in den letzten Jahren auch in Brandenburg vorkamen, sollen so eingedämmt und durch präventive Arbeit verhindert werden.

Wir wollen die Kinderbetreuung von der Krippe über Kindergärten, Schulen, Ganztagsangebote und Horte weiter ausbauen und verbessern, auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen. Freie Träger von Bildungseinrichtungen und Tagesmütter bzw. -väter stellen eine wünschenswerte Ergänzung staatlicher Angebote dar und bieten den Eltern eine Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen pädagogischen Konzepten. Um eine kontinuierlich hohe pädagogische Qualität zu gewährleisten, setzen wir uns für eine regelmäßige Evaluation und Zertifizierung aller Kinderbetreuungseinrichtungen ein.

Bündnis 90/Die Grünen werden dafür Sorge tragen, dass die herkunftsbedingte Benachteiligung und Ungleichbehandlung von Kindern in den Bildungssystemen abgebaut wird. Schulsozialarbeit trägt zur positiven Weiterentwicklung des Schulsystems bei. Sie soll keine reine Reparaturstelle für sozial benachteiligte Jugendliche sein. Wir fordern daher: SchulsozialarbeiterInnen an jede Schule! Das kann auch über mobile Teams mit festen Zeiten an den einzelnen Schulen erfolgen.

Die Kommunen müssen ihren Anteil bei der Weiterentwicklung der Bildungsinstitutionen leisten. Dazu gehört ein Verständnis, dass Schulen nicht nur für LehrerInnen und SchülerInnen offen sind. Jungen sind vielfach Verlierer im Brandenburger Bildungssystem. Wir setzen uns für eine geschlechtsspezifische Pädagogik ein und fordern geschlechtsspezifische Angebote für Jungen und Mädchen, sowie eine ausgewogene Besetzung mit männlichen und weiblichen PädagogInnen in jeder Kita und Schule.

Wir Grüne wollen dafür einstehen, dass unsere Gemeinden aktiv überall, wo sie Einfluss auf lokale Bildungsinstitutionen haben, die Weichen stellen für optimale, vernetzte „Lernräume“. Die Mittelanforderungen der Schulen müssen in den kommunalen Haushalten Priorität genießen. Wir wollen in den Gemeinden eigene Projekte und die Vernetzung in der Berufsausbildung stärken. Kein Jugendlicher darf ohne Ausbildungsplatz bleiben. Wir wollen kommunale Volkshochschulen in die Lage versetzen, neben marktgängigen auch erweiterte innovative Angebote zu schaffen, z.B. in der politischen Bildung.

Neben einer hohen pädagogischen Qualität ist für uns auch die Qualität der Essensversorgung wichtig. Ein kindgerechtes und gesundes Mittagessen für alle Kinder, möglichst in Bio-Qualität, sollte selbstverständlich sein. Automaten und Theken mit Süßigkeiten oder zuckerhaltigen Getränken schaden einer gesunden Entwicklung und haben deshalb an Kitas und Schulen nichts zu suchen.

Kinder, Jugendliche und Eltern werden bei Angelegenheiten, die sie betreffen, oft nur unzureichend beteiligt. Bündnis 90/Die Grünen machen sich dafür stark, dass verschiedene Formen der demokratischen Willensbildung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden. Dazu gehören u.a. Einbindung von Jugendlichen in kommunale Entscheidungsprozesse und die Förderung bzw. der Ausbau von Jugendparlamenten in den Städten und Gemeinden. Mitbestimmung in schulischen Belangen ist dringend notwendig und darf nicht auf Anhörungsrechte reduziert sein.

Wir setzen uns für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre auf kommunaler Ebene ein.

Demokratie & Teilhabe

In den brandenburgischen Kommunen bestehen oft erhebliche Demokratiedefizite. Viele Entscheidungen werden im stillen Kämmerlein vorbereitet, in nicht-öffentlichen Sitzungen gefasst und den Bürgerinnen und Bürgern nicht ausreichend dargelegt. Leider wurden von der Landesregierung die Chancen einer Kommunalverfassungsreform nicht genutzt, um Beteiligungsmöglichkeiten auszubauen.

Das Miteinander vor Ort lebt jedoch von der Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, mitzubestimmen und sich engagieren zu können. Wir Bündnisgrüne wollen die Menschen, die schließlich unmittelbar von den Entscheidungen der Kommunalparlamente betroffen sind, so eng wie möglich in die Entscheidungsprozesse einbinden. Die Bündnisgrünen Ideen hierzu sind vielfältig: durch Bürgerhaushalte, Beteiligung bei Entwicklungs- und Leitplanungen, Seniorenbeiräte, Kinder- und Jugendparlamente, Bürgerämter und vor allem Transparenz und offensive Informationspolitik kann Demokratie, Gerechtigkeit und Bürgernähe aktiv ge- und erlebt werden. Gleichzeitig kann damit effektiv Korruption vorgebeugt werden.

Transparenz und Beteiligung sind die besten Mittel gegen Politikverdrossenheit. Deshalb unterstützen wir auch lokale Agenda-Prozesse und wollen versuchen, diese in allen Kommunen zu etablieren. Für uns Grüne sind bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit wesentliche Bestandteile der Entwicklung zu mündigen BürgerInnen für eine solidarische, weltoffene und demokratisch aktive Zivilgesellschaft. Ehrenamtliches Engagement muss konsequent gefördert und belohnt werden. Aktive Teilhabe setzt einen barrierefreien Zugang und Chancengleichheit für alle BürgerInnen voraus.

Die Arbeit lokaler Initiativen und Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit und für Zivilcourage verdient unsere vollste Anerkennung und unsere Unterstützung mit allen Kräften. Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg stehen für eine weltoffene, tolerante

und verantwortungsvolle Kommunalpolitik. Mit einer Aktivierung von Zivilgesellschaft und demokratischer Kultur, sowie Aufklärung über die Ziele der Rechtsextremisten kann es uns gelingen, rechtes Gedankengut zurückzudrängen und zu verhindern, dass dieses in die Kommunalparlamenten Einzug hält.

Wir wenden uns strikt gegen jegliche Benachteiligung, Ausgrenzung oder Diskriminierung von MitbürgerInnen. Wir verstehen das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen als Bereicherung und setzen daher auf eine vernünftige Integrationspolitik, die beiden Seiten gerecht wird, damit das Miteinander von Deutschen und MigrantInnen gelingt. Als richtigen Schritt sehen wir hier die Einsetzung von Integrationsbeauftragten, die es in jeder Kommune geben sollte.

Demographischer Wandel

Die Veränderung der Altersstruktur unserer Bevölkerung ist genauso wie das Auseinanderdriften von berlinnahe Raum und äußeren Entflechtungsräumen durch gegenläufige Wanderungsbewegungen unmittelbares politisches Handlungsfeld in allen Kommunen Brandenburgs.

Dieser demographische Wandel zwingt dazu, alle Politikfelder, vor allem Bildungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Infrastrukturpolitik, in den Blick zu nehmen, sich an best-practice-Beispielen zu orientieren und komplexe Handlungsstrategien zu entwerfen und zu erproben.

Der Schlüssel für die Anpassung der Lebensverhältnisse an die veränderten Bedürfnisse von Jungen und Alten wie auch für eine Umkehr des migrationsbedingten Bevölkerungsschwunds und eine Abmilderung bereits eingetretener Disparitäten zwischen den verschiedenen Regionen des Landes liegt vor allem in der Unterstützung der Kommunen in ihrem Bestreben ihre eigenen Stärken zu erkennen und zu entwickeln. Er liegt in einem bedarfsgerechten Umbau des Bildungs- und Schulbereichs, in der Aufwertung von Wohn-, Lebens- und Arbeitsumfeldern zu sozialen Orten, die zu Teilhabe und Engagement auffordern und so zur Stabilisierung im Strukturwandel beitragen.

Ein bedarfsgerechter und nachhaltiger Aus- und Umbau des öffentlichen Nahverkehrs, von Versorgungs- und Versorgungsstrukturen, eine nicht an Wachstum, sondern an qualitativen Zielsetzungen orientierte Raum- und Stadtplanung und die Förderung von intelligentem, nachhaltigem Bauen sind Aufgaben, die jetzt angepackt werden müssen. Ökologisches Denken umfasst auch die Ökologie des Alters und des Alterns. Informationelle Mobilität und kommunale Nahversorgung können durch Nutzung von breitbandigen Kommunikationsmitteln, durch andernorts schon erprobte Konzepte von e-Government, durch dezentrale, vernetzte Bürgerbüros mit einem umfassenden Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungen sichergestellt werden.

Wir wollen Autonomie und Eigenverantwortung der Kommunen stärken und uns für eine Verbesserung ihrer finanziellen Ausstattung einsetzen, weil nur eine dezentrale, an den örtlichen Entwicklungs- und überörtlichen Vernetzungsmöglichkeiten ausgerichtete Haushalts- und Finanzpolitik geeignet ist, den Folgen des demografischen Wandels zu begegnen.

Es ist an der Zeit, in eine kritische Revision von Entwicklungszielen, Förder-, Finanz- und Haushaltspolitik, in einen Umbau von Verwaltungsstrukturen und in eine Umkehrung von Entscheidungswegen einzutreten. Deren bisherige Ausrichtung – von oben nach unten, vom Zentrum zur Peripherie – verspricht keine Zukunft für das Land.

Beschlossen auf der Landesdelegiertenkonferenz am 10. November 2007 in Cottbus.